

# Pressemitteilung



vom 11. Februar 2007

## Fraktion im Kreistag Neuss

### Grüne: Gründlicher Frühjahrsputz im Kreishaushalt

Das grundlegende Ergebnis der zweitägigen Haushaltsberatungen am Freitag und Samstag fasst der Fraktionschef von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN*, Erhard Demmer, so zusammen:

„Die Grünen wollen erreichen, dass die Kreispolitik klarer und umfassender definiert, welche **Aufgaben** durch den **Kreis**, welche durch die **Kommunen** und welche in effektiver **Kooperation** zu erfüllen sind.

Der neue Haushalt bietet eine gute Möglichkeit, die politischen Ziele vorab genauer als bisher zu bestimmen und für etliche Bereiche neu zu formulieren. Ein `Weiter-So` kann es nicht mehr geben, wir müssen die teilweise verkrusteten Strukturen aufbrechen und den Prozess der Effizienzsteigerung und Entschuldung vorantreiben. Ein gründlicher Frühjahrsputz ist also angesagt.“

Als Beispiel für eine Neubestimmung der Kreisaufgaben nennt Kreistagsabgeordnete Susanne Schöttgen den „fast millionenschweren, jährlichen Zuschuss für die **Schule Marienberg**“. Hier streben die Grünen, aufgrund des Herkunftsortes der Schülerinnen, die Übernahme der Zuschüsse durch einen neu zu gründenden Zweckverband Neuss-Kaarst an.

Auch die **Kreismuseen Zons und Sinsteden** sollen, als „dauerhaft defizitäre Bereiche, zumindest hinsichtlich Konzeption und Trägerschaft überprüft werden“, stellt Christian Gaumitz heraus.

Der Masterplan von **Schloss Dyck** ist nach Ansicht der Grünen nicht belastbar. „Wir Grüne wollen mithelfen, dieses regionale Juwel zu retten“, betont Erhard Demmer, „das geht jedoch offensichtlich nicht ohne Konflikt mit den Ex-Eigentümern. Notfalls muss es knallen!“

Für **Haus Katz** sei eine Zuwendung noch nicht beschlussreif, da die baulichen Untersuchungen erst begonnen hätten. „Zudem sehen wir hier RWE in der Verantwortung, die gesamte Umgebung sackt ja ab“, betont Kreistagsabgeordnete Margarete Mehl aus Jüchen.

Auch die **Wirtschaftsförderung** müsse klarer abgegrenzt und stärker politisch gesteuert werden. Dies könne durch die Einführung geeigneter Controlling-Instrumente erreicht werden und zu einer zielgenaueren Verwendung der Mittel führen. Die Überschüsse aus Sparkasse und Kreiswerke sollten nicht dort vereinnahmt werden, sondern dem Haushalt allgemein zufließen.

Beim **Grundwasser** sei es notwendig, die Zuständigkeiten neu zu strukturieren, um „die Bremser, etwa in der Kaarster Verwaltungsspitze, auszubremsen und den Weg für kreative Patchwork-Lösungen freizumachen.“ Folglich sollten, nach Ansicht der Grünen, die Mittel für Grundwassermaßnahmen im Haushalt verbleiben.

Die Politikbereiche „**Kinder, Jugend und Frauen**“ bieten sich nach Ansicht der Grünen ideal für eine kreisweite Kooperation, unter Einbeziehung der Kommunen, an.

So könnte das „Dormagener Modell“ des **Kinderschutzes** ebenso kreisweit eingeführt werden wie ein abgestimmtes Konzept der **Kinderbetreuung**, das allen Kindern einen Betreuungsplatz sichere. „Dies erleichtert zudem Eltern, insbesondere Frauen, wieder oder erstmals berufstätig und somit unabhängiger zu werden“, meint Fraktions-Vizechefin Susanne Stephan-Gellrich.

In einem Kooperationsnetzwerk mit den Kommunen, der ARGE und der IHK könnten nach Ansicht der Grünen ausreichend **Ausbildungsplätze und Qualifikationsmaßnahmen** angeboten werden. „Hier hat die Selbstverpflichtung der Unternehmen, wie in vielen anderen Bereichen auch, nicht zum gewünschten Angebot geführt, obwohl einige Betriebe, wie Bayer in Dormagen, sich überdurchschnittlich engagieren“, kritisiert Erhard Demmer.

Auch die Kürzungen beim **Schulpsychologischen Dienst** müssen nach Ansicht der Grünen in voller Höhe zurückgenommen werden. Mittelfristig sei hier mit den Kommunen ein kreisweites Konzept zu erstellen, dass die von der Landesregierung angekündigten Mittel für Sozialpädagogen und Schulpsychologen zielgenau einsetze.

Den Prozess der **Effizienzsteigerung** und der **Entschuldung** des Kreishaushaltes wollen die Grünen weiter vorantreiben.

So sollen auch die kostenträchtigen Bereiche der IT-Abteilung und der Zentralen Steuerung in die **Organisationsuntersuchung** einbezogen werden, auch wenn man dazu mehr Mittel in die Hand nehmen müsste.

Weiterhin streben die Grünen zur weiteren Entschuldung des Kreishaushaltes den millionenträchtigen **Verkauf der RWE-Aktien** an. Damit werde auch die „zu enge Bindung des Rhein-Kreises an einen der führenden Klimakiller“ gekappt.

Ein Teil des Verkaufserlöses soll der weiteren **Aufforstung** im Rhein-Kreis zur Verbesserung des Klimas zu Gute kommen. Hier wollen die Grünen auch streng darauf achten, ob das bestehende Waldmehrungsprogramm konsequent umgesetzt wird.

Apropos **Klima**: Hier könne auch der Landrat etwas tun. Sein neuer Dienstwagen dürfe nur möglichst niedrige CO<sub>2</sub>-Werte ausstoßen und möglichst wenig Kraftstoff verbrauchen.

Über den gesamten Sozialbereich, die Arbeitsmarktpolitik und insbesondere das Thema „Wohnen im Alter“ werden die Grünen Ende des Monats beraten und entscheiden.